

## **Erläuterungen zu den Änderungen der AHVV auf 1. Januar 2011**

### **Artikel 16 Absatz 1**

(Beiträge der Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber)

Artikel 16 nimmt Bezug auf die obere Grenze der sinkenden Beitragsskala gemäss Artikel 21. Dieser Betrag wird an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Art. 1 Verordnung 11), was eine entsprechende Änderung von *Absatz 1* notwendig macht.

### **Artikel 19**

(Geringfügiger Nebenerwerb aus selbstständiger Erwerbstätigkeit)

Gestützt auf Artikel 8 Absatz 2 AHVG sieht Artikel 19 AHVV vor, dass vom Einkommen aus einer nebenberuflich ausgeübten selbstständigen Erwerbstätigkeit, das 2200 Franken im Kalenderjahr nicht übersteigt, die Beiträge nur auf Verlangen des Versicherten erhoben werden. Bereits seit vielen Jahrzehnten entspricht dieser Betrag demjenigen des geringfügigen massgebenden Lohns nach Artikel 34d Absatz 1 AHVV, auf dem Beiträge nur auf Verlangen der versicherten Person erhoben werden, bzw. dem früher in Artikel 8<sup>bis</sup> AHVV vorgesehenen Betrag. Da Artikel 34d Absatz 1 AHVV auf den 01. Januar 2011 wegen der Rentenerhöhung angepasst wird (vgl. die Erläuterungen zu Art. 34d Abs. 1 AHVV), hebt der Bundesrat aus Praktikabilitäts- und Gleichbehandlungsgründen auch den in Artikel 19 AHVV vorgesehenen Betrag an. Ebenfalls aus Praktikabilitätsgründen entspricht dieser Betrag der auf die nächsten hundert Franken abgerundeten maximalen monatlichen Altersrente.

### **Artikel 21**

(Sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende)

Die obere und die untere Grenze der sinkenden Skala werden an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Art. 1 Verordnung 11), was eine entsprechende Änderung von *Absatz 1* erfordert. Gleichzeitig sind auch die einzelnen Stufen innerhalb der Skala neu festzusetzen. Der systematische Aufbau der sinkenden Skala wird dabei beibehalten.

Die Anpassung der unteren Grenze der sinkenden Skala an die Lohn- und Preisentwicklung erfordert, dass der in Absatz genannte Betrag entsprechend geändert wird.

### **Artikel 27 Absatz 4**

(Vergütung für die Steuermeldungen)

Die kantonalen Steuerbehörden erhalten seit den Anfangszeiten der AHV von den Ausgleichskassen für jede Meldung eine angemessene Vergütung. Seit dem Jahre 1969 wird sie vom BSV festgesetzt (früher vom Departement). Die Vergütung beträgt seit dem Übergang der AHV zur einjährigen Gegenwartsbemessung am 01. Januar 2001 für jede Meldung 12 Franken (bis Ende 2000 für je zwei Jahre 14 Franken, bis 1992 10 Franken, noch früher 5, 3 und 2 Franken). Bei der Festsetzung der aktuellen Höhe der Vergütung wurde einerseits dem verdoppelten Melderhythmus – im System der Vergangenheitsbemessung erfolgten die Meldungen nur alle zwei Jahre – Rechnung getragen. Andererseits wurde der Umstand berücksichtigt, dass neu die Steuerbehörden die bei den Steuern in Abzug gebrachten persönlichen Beiträge aufrechnen müssen. Der Ansatz sollte einstweilen bis zur Einführung eines elektronischen Meldeverkehrs zwischen den Steuerbehörden und den Ausgleichskassen gelten und danach überprüft und angepasst werden (s. die Mitteilung in AHI-Praxis 5/2000 S. 213). Dieser Moment ist nun gekommen. Zudem soll der Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung künftig die Kosten für die Steuermeldungen übernehmen. Es handelt sich dabei um eine Restanz aus dem letztjährigen Projekt «Finanzierung der Ausgleichskassen», welche als Teil des Gesamtprojektes von der Eidgenössischen Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und vom Bundesrat bereits gutgeheissen worden ist (s. unten).

Ab dem 01. Januar 2011 wird der Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden grundsätzlich ausschliesslich über die zentrale Informatik- und Kommunikationsplattform des Bundes Sedex

abgewickelt (s. zu Sedex die Registerharmonisierungsverordnung vom 21. November 2007 [SR 431.021]). Die Änderung der Art und Weise der Datenübertragung ändert nichts daran, dass den Steuerbehörden weiterhin eine angemessene Entschädigung ausgerichtet wird. Sie ist jedoch Anlass zur Überprüfung der Höhe der Vergütung. Das BSV verpflichtet die Ausgleichskassen in seinen Weisungen, die Angaben über das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit und das im Betrieb investierte Eigenkapital sowie über das Vermögen und Renteneinkommen von Nichterwerbstätigen und das Erwerbseinkommen von Arbeitnehmenden ohne beitragspflichtige Arbeitgebende ab dem 01. Januar 2011 einzig über Sedex bei den zuständigen Steuerbehörden zu bestellen und die Steuermeldungen über Sedex empfangen zu können. Grundsätzlich haben auch die Steuerbehörden ab diesem Zeitpunkt die Meldungen über Sedex an die bestellenden Ausgleichskassen zu übermitteln. Da jedoch im Gegensatz zu den Ausgleichskassen nicht alle kantonalen Steuerbehörden das elektronische Meldeverfahren auf den 01. Januar 2011 eingeführt haben werden, können die Meldungen während einer gewissen Zeit noch auf Papier oder anderen Datenträgern erfolgen. Um aber einen Anreiz für eine möglichst rasche Einführung des elektronischen Steuermeldeverfahrens in allen Kantonen zu schaffen, wird den Steuerbehörden, welche die Meldungen auch ein Jahr nach der Einführung des elektronischen Meldeverfahrens am 01. Januar 2011 nicht via Sedex senden, bloss eine degressive Vergütung ausgerichtet (s. die Schlussbestimmungen).

Den Steuerbehörden werden heute grundsätzlich alle Meldungen vergütet, selbst wenn diese für die Ausgleichskassen nicht brauchbar sind. Keine Vergütung wird für die Ergänzung von unvollständigen Meldungen entrichtet. Die Meldungen über das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit erfolgen aufgrund der rechtskräftigen Veranlagung für die direkte Bundessteuer, diejenigen über das im Betrieb investierte Eigenkapital aufgrund der rechtskräftigen kantonalen Veranlagung unter Berücksichtigung der interkantonalen Repartitionswerte (Art. 23 Abs. 1 AHVV). Grundsätzlich sollte deshalb nur eine Meldung (ordentliche Meldung oder Spontanmeldung) pro Beitragsjahr für eine beitragspflichtige Person erfolgen. Anders verhält es sich nur, wenn aufgrund eines Nachsteuerverfahrens selbstständiges Erwerbseinkommen nachgemeldet wird. *Absatz 4* sieht deshalb vor, dass den Steuerbehörden für jede Selbstständigerwerbende bzw. für jeden Selbstständigerwerbenden pro Beitragsjahr nur eine Vergütung ausgerichtet wird. Dem Umstand, dass Nachsteuermeldungen nicht mehr vergütet werden, wird bei der Festsetzung der Höhe der Vergütung Rechnung getragen. Das Gesagte gilt grundsätzlich auch für die Festsetzung und die Ermittlung der Beiträge von Arbeitnehmenden ohne beitragspflichtige Arbeitgebende und von Nichterwerbstätigen, für die Artikel 27 AHVV sinngemäss gilt (Art. 16 Abs. 1 letzter Satz und Art. 29 Abs. 7 AHVV). Das für die Beitragsbemessung massgebende Vermögen wird von den Steuerbehörden aufgrund der rechtskräftigen kantonalen Veranlagung ermittelt (Art. 29 Abs. 3 AHVV).

Der elektronische Austausch der Meldungen zwischen den Steuerbehörden und den Ausgleichskassen über Sedex ist ein Prozess des von eAHV/IV und der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) gemeinsam geführten Projektes «CH-Meldewesen Steuern», welches schweizweit den Meldungs austausch im Steuerumfeld regelt. Der elektronische Austausch der Meldungen und deren integrierte Verarbeitung bringen eine wesentliche administrative Erleichterung und Kosteneinsparungen für die Steuerbehörden (s. die Ausführungen der SSK auf [www.chm-steuern.ch](http://www.chm-steuern.ch)). Die Schweizerische Steuerkonferenz beziffert die zu erwartenden durchschnittlichen Kosten für eine Steuermeldung, die über Sedex ausgetauscht wird, mit 7 Franken. Eine Vergütung in dieser Höhe scheint wegen den mit dem elektronischen Datenaustausch erreichten administrativen Vereinfachungen und Kostenreduktionen eher grosszügig zu sein, zumal die Steuerbehörden ab dem 01. Januar 2011 die Aufgabe der Aufrechnung der persönlichen Beiträge mittels gegenseitiger Vereinbarung für den Regelfall den Ausgleichskassen übertragen werden, weil diese technisch nicht befriedigend gelöst werden kann (s. zu den praktischen Problemen der Beitragsaufrechnung BBl 2006 1957 S. 1996 f.). Zu beachten ist jedoch, dass das Steuermeldeverfahren nicht vollständig automatisiert werden kann und manuelle Eingriffe bei der Erstellung von einzelnen Steuermeldungen auch weiterhin nötig sein werden. Eine manuelle Überprüfung der gemeldeten Angaben anhand der Steuermeldungen ist auf Nachfrage der Ausgleichskassen hin auch zwingend, wenn Beitragspflichtige gegen eine Beitragsverfügung Einsprache erheben und die Höhe der Bemessungsgrundlagen bestreiten. Die Steuerbehörden bestätigen dann nach erfolgter Überprüfung die gemeldeten Angaben oder erstatten allenfalls eine neue Meldung. Weiter ist zu berücksichtigen, dass den Steuerbehörden Kosten für die Vorbereitung und die Wartung der IT-Umgebung anfallen, und dass sich während der Anfangsphase des elektronischen Steuermeldeverfahrens vermehrt Fragen stellen und Probleme gelöst sowie Unklarheiten beseitigt werden müssen. Danach wird das Meldeverfahren weitgehend automatisiert ablaufen. Schliesslich ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Mehrfach- und Nachsteuermeldungen künftig nicht mehr vergütet

werden (s. die Ausführungen oben). Insgesamt ist daher eine Vergütung von 7 Franken pro Beitragsjahr für jede selbstständigerwerbstätige Person sowie für jede nichterwerbstätige Person, die mehr als den Mindestbeitrag schuldet (s. den neuen zweiten Satz von Art. 29 Abs. 7 AHVV), und für jede Arbeitnehmerin bzw. für jeden Arbeitnehmer ohne beitragspflichtige Arbeitgeberin bzw. ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber angemessen. Der Ansatz soll nach einer gewissen Einführungszeit überprüft und aufgrund der gemachten praktischen Erfahrungen allenfalls neu festgelegt werden.

Gegenwärtig bezahlen die Ausgleichskassen die Vergütung für die Steuermeldungen über die Verwaltungskostenbeiträge ihrer Mitglieder selber. Die Steuerbehörden stellen ihnen für die erstatteten Meldungen Rechnung. Um diejenigen Ausgleichskassen, welche über viele Selbstständigerwerbstätige verfügen, finanziell zu entlasten, sollen die Vergütungen für die Steuermeldungen künftig vom Ausgleichsfonds der AHV bezahlt werden. Denn die Selbstständigerwerbenden verursachen den Ausgleichskassen ebenso wie die Nichterwerbstätigen einen erheblichen Aufwand, namentlich beim Beitragsbezug. Ausgleichskassen mit vielen Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen müssen diese Kundensegmente heute dementsprechend mit Verwaltungskostenbeiträgen von Arbeitgebenden quersubventionieren. Dem soll unter anderem mit der Übernahme der Vergütungen für die Steuermeldungen durch den Ausgleichsfonds der AHV entgegengewirkt werden. Es handelt sich dabei um eine Restanz aus dem Projekt «Finanzierung der Ausgleichskassen», welches auf den 01. Januar 2010 umgesetzt worden ist und mit dem die Finanzierungssystematik an die erhöhten Anforderungen an die Ausgleichskassen und die gestiegene Anzahl der Geschäftsfälle sowie an die veränderten Kundenstrukturen der einzelnen Ausgleichskassen angepasst worden ist. Das Projekt beinhaltete diverse Massnahmen. Damals wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Ausgleichsfonds der AHV aus den eingangs genannten Gründen ab Einführung des elektronischen Datenaustausches zwischen den Steuerbehörden und den Ausgleichskassen über Sedex die Kosten für die Vergütung für die Steuermeldungen übernehmen soll und eine entsprechende Verordnungsänderung zu gegebener Zeit ausgearbeitet wird. Diese angekündigte Massnahme ist als letzter Teil des Projektes «Finanzierung der Ausgleichskassen» sowohl von der Eidgenössischen Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung als auch vom Bundesrat seinerzeit gutgeheissen worden. Mit dem elektronischen Datenaustausch können die Steuermeldungen schneller und effizienter bestellt und übermittelt werden, wodurch die geschuldeten Beiträge rascher erhoben werden können. Die eingezogenen Beiträge können damit zu einem früheren Zeitpunkt verzinst werden, was dem Ausgleichsfonds der AHV zugute kommt. Für die Steuerbehörden wird mit der Übernahme der Vergütung für die Steuermeldungen durch den Ausgleichsfonds der AHV das Inkasso der Vergütungen gegenüber heute stark vereinfacht. Sie müssen den Betrag für die erstatteten Meldungen künftig nicht mehr berechnen und den einzelnen Ausgleichskassen in Rechnung stellen und erhalten für jedes Beitragsjahr bloss noch eine Zahlung des Ausgleichsfonds der AHV. Dem Ausgleichsfonds der AHV fallen mit der Übernahme der Vergütungen für die Steuermeldungen Kosten von knapp 4 Millionen Franken pro Jahr an.

Die Gesamtvergütungen, welche den einzelnen kantonalen Steuerbehörden für die Steuermeldungen zustehen, werden vom BSV anhand statistischer Grundlagen jährlich berechnet. Dies wird in Absatz 4 zweiter Satz ausdrücklich bestimmt.

Die Artikel 22 bis 27 AHVV, welche die Festsetzung und die Ermittlung der Beiträge der Selbstständigerwerbstätigen regeln, gelten sinngemäss auch für die Beiträge der Arbeitnehmenden ohne beitragspflichtige Arbeitgebende (Art. 16 Abs. 1 letzter Satz AHVV) sowie der Nichterwerbstätigen (Art. 29 Abs. 7 AHVV). Weil den Steuerbehörden für jede Arbeitnehmerin bzw. für jeden Arbeitnehmer ohne beitragspflichtige Arbeitgeberin bzw. ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber pro Beitragsjahr eine Vergütung von 7 Franken aus dem Ausgleichsfonds der AHV gewährt werden soll, ist eine Änderung von Artikel 16 AHVV nicht erforderlich. Anders verhält es sich bei den Nichterwerbstätigen. Die Vergütung soll nur für nichterwerbstätige Personen, die mehr als den Mindestbeitrag schulden, ausgerichtet werden, was in Artikel 29 Absatz 7 AHVV zu präzisieren ist (s. die Erläuterungen zu Art. 29 Abs. 7 zweiter Satz).

## Artikel 28 Absätze 1 und 6

(Berechnung des Beitrags für Nichterwerbstätige)

### 1. Aktuelle Regelung

Die Bemessung der Beiträge für Nichterwerbstätige richtet sich – abgesehen von gewissen Sonderregeln<sup>1</sup> – nach den sozialen Verhältnissen (Art. 10 Abs. 1 AHVG). Die AHV/IV/EO-Beiträge variieren zurzeit zwischen einem Minimum von 460 Franken<sup>2</sup> und einem Maximum von 10'100 Franken<sup>3</sup> pro Jahr. Während der Maximalbeitrag für Nichterwerbstätige gesetzlich limitiert ist (vgl. Art. 10 Abs. 1 AHVG), ist der Mindestbeitrag an den Rentenindex gebunden. Die „sozialen Verhältnisse“ werden auf Verordnungsstufe mit der Vermögenslage und dem zur Verfügung stehenden Renteneinkommen konkretisiert (Art. 28 Abs. 1 AHVV). Im Detail wird das Renteneinkommen mit dem Faktor 20 multipliziert und zum Vermögen addiert. Das so errechnete Beitragssubstrat ist in Beitragsklassen eingeteilt, wobei die Beitragsbelastung mit jeder Klasse steigt.

### 2. Handlungsbedarf

Eingeführt wurde die Regelung, derzufolge die Leistungen der AHV und IV nicht in das Beitragssubstrat mit eingerechnet werden (Art. 28 Abs. 1, zweiter Satz AHVV) im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung zur 10. AHV-Revision per 1. Januar 1997 (Änderung der AHVV vom 16.9.1996). Begründet wurde die Kodifizierung der damals bereits bestehenden Verwaltungspraxis mit der Vermeidung einer Selbstfinanzierung der Versicherung. Verwiesen wurde auch auf BGE 107 V 69 Erw. 4, in dem das Bundesgericht die seinerzeitige Praxis, allerdings im konkreten Fall bezüglich eines IV-Taggeldes, bestätigt hatte. Die damalige Orientierung am grundsätzlichen Verzicht der „Autofinanzierung“ muss heute in Frage gestellt werden. Dies aus verschiedenen Gründen:

- Der Verzicht auf die Autofinanzierung gilt schon länger nicht mehr konsequent, gehören doch seit 1988 – und dies anders als noch zu Zeiten von BGE 107 V 68ff. – Tagelder der IV und Entschädigungen der EO zum AHV- und damit auch zum IV- und EO-pflichtigen Einkommen (Art. 25 IVG und Art. 19a EOG; vgl. auch Art. 6 Abs. 2 Bst. b AHVV).
- Das Gesetz nennt als massgebliches Kriterium für die Beitragsbemessung die „sozialen Verhältnisse“. Weil diese auch wesentlich von Rentenleistungen der AHV mitbeeinflusst werden, ist nicht einzusehen, warum sie nicht in das Beitragssubstrat miteinbezogen werden. Es gibt keinen Grund, die Renten der beruflichen Vorsorge, der Militär- und Unfallversicherung in die Beitragsbemessung einzubeziehen, die Altersleistungen der 1. Säule jedoch auszuklammern. Zudem ist es widersprüchlich, wenn ausgerechnet die AHV vorzeitige Rentenbezüge mit einer Beitragsprivilegierung fördert. Im Hinblick auf den Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung infolge der demografischen Entwicklung zielen im Gegenteil neuere gesetzgeberischen Massnahmen darauf ab, ältere Arbeitnehmer möglichst lange im Arbeitsprozess zu behalten<sup>4</sup>.
- Im Vergleich zu frühpensionierten, nichterwerbstätigen AHV-Rentnerinnen und –Rentnern, welche von der Beitragserhöhung als Folge des Miteinbezuges der Renten der ersten Säule während maximal zweier Jahren (nämlich bis zur Erreichung des ordentlichen Rentenalters) betroffen sind, würden Bezüger- und Bezügerinnen einer Invalidenrente der 1. Säule während wesentlich längerer Zeit einer zusätzlichen Beitragsbelastung ausgesetzt. Deshalb sollen die Invalidenrenten der 1. Säule weiterhin von der Beitragsberechnung ausgeklammert bleiben, und der bisherige Vorbehalt im zweiten Satz von Artikel 28 Absatz 1 AHVV soll auf die IV-Renten nach Artikel 36 und 39 IVG eingeschränkt werden.
- Mit Blick auf das neue Koordinationsrecht gemäss Verordnung (EG) Nr 883/2004<sup>5</sup>, welches innerhalb der EU seit dem 1. Mai 2010 gilt und in absehbarer Zeit auch im Verhältnis Schweiz – EU zur Anwendung kommt, würde sich die Problematik der heutigen Nichtberücksichtigung von AHV-Rentenleistungen

<sup>1</sup> Nichterwerbstätige Studenten und Versicherte, welche unterstützt werden (Art. 10 Abs. 2 AHVG), beitragsbefreite Personen bzw. Personen, bei denen der Beitrag als bezahlt gilt (Art. 3 Abs. 2 und 3 AHVG)

<sup>2</sup> Bis Ende 2010: Aufteilung AHV/IV/EO Minimum: 382/64/14 Franken / ab 2011: Minimum 475 Franken (Aufteilung 387/65/23 Franken)

<sup>3</sup> Bis Ende 2010: Aufteilung AHV/IV/EO Maximum: 8400/1400/300 Franken / ab 2011: Maximum 10'300 Franken (Aufteilung 8400/1400/500 – der max. EO-Beitrag wurde mit Änderung von Art. 36 Abs. 2 EOv im Rahmen der Anhebung des EO-Beitragsatzes am 18. Juni 2010 von 300 auf 500 Franken angehoben)

<sup>4</sup> Vgl. z.B. Botschaften zur 11. AHV-Revision vom 21.11.2005 (BBl 2006 1992) und zur Volksinitiative für ein flexibles AHV-Alter vom 21.12.2006 (BBl 2007 413), Antwort des Bundesrats vom 6.9.2006 auf die Motion Heberlein, 06.3284 („Anreize zur längeren Partizipation am Erwerbsleben“); Bericht über die Massnahmen zur Förderung der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der gemischten Leitungsgruppe EVD/EDI vom November 2005

<sup>5</sup> Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1.

verschärfen. Weil neu nämlich der Geltungsbereich des Koordinationsrechts auch die Nichterwerbstätigen erfasst, müssen aufgrund des Diskriminierungsverbots Rentenleistungen aus den Sozialversicherungen der EU den schweizerischen Renten gleichgestellt werden. Da ausländische Systeme keine Unterscheidung in eine 1. und 2. Säule vornehmen, müssten Renten aus EU-/EFTA-Ländern im Falle von Alter und Hinterlassenschaft vollständig von der Beitragserhebung ausgenommen werden, womit deren Bezüger/innen gegenüber solchen gemäss Schweizer System privilegiert wären; entsprechend müsste die AHV/IV/EO auch Mindereinnahmen verkraften. Bei voller Mitberücksichtigung der AHV-Renten für die Beitragsbemessung der Nichterwerbstätigen stellt sich dieses Problem dagegen nicht. Bei nichterwerbstätigen Bezügerinnen von Invaliditätsrenten bleibt die Systemkompatibilitätsfrage weiterhin offen, indessen ist hier die Problematik quantitativ wesentlich geringer.

### 3. Auswirkungen

#### a. Betroffener Personenkreis

Rund 304'000 Personen gehören zur Kategorie der erfassten Nichterwerbstätigen<sup>6</sup>. Davon sind rund 231'000 Personen „stabil“ – d.h. während 12 Monaten als Nichterwerbstätige erfasst. Von diesen wiederum sind von der Neuregelung nur 28'630 Personen betroffen (weil sie selber und/oder ihr Ehegatte/reg. Partner eine Rente der AHV beziehen). Dabei sind aber 2'292 Fälle mit dem Bezug von Ergänzungsleistungen verbunden. Das Gesetz (Art. 10 Abs. 2 AHVG) schreibt vor, dass Versicherte, die „aus öffentlichen Mitteln oder von Drittpersonen unterhalten oder unterstützt werden“, lediglich den Mindestbeitrag bezahlen. Um sicherzustellen, dass für alle EL-Bezüger grundsätzlich nur der Mindestbeitrag geschuldet ist, auch wenn das Beitragssubstrat neu die 300'000-Franken-Grenze übersteigt, wird auf Verordnungsstufe in Artikel 28 Absatz 6 AHVV eine entsprechende Regelung vorgesehen. Der Grundsatz wird aber leicht modifiziert – in Grenzfällen ist nämlich der übliche Beitrag (der höher ist als der Mindestbeitrag) zu berücksichtigen, wenn ein Anspruch auf jährliche Ergänzungsleistungen ausschliesslich aufgrund der Differenz zwischen Mindestbeitrag und „normalem Beitrag“ scheitern würde. Gemäss Artikel 10 Absatz 3 Buchstabe c ELG<sup>7</sup> sind nämlich Sozialversicherungsbeiträge bei den Ausgaben zu berücksichtigen. Damit kann verhindert werden, dass Personen, die bereits heute jährliche Ergänzungsleistungen beziehen, diese aufgrund des Absinkens des Beitrags auf das Minimum verlieren. Selbst wenn es um kleine Beiträge geht, ist nämlich zu bedenken, dass mit dem Anspruch auf jährliche Ergänzungsleistungen auch die im Einzelfall sehr wichtige Vergütung der Krankheits- und Behinderungskosten nach Artikel 14 ELG verbunden ist (z.B. für Zahnarztkosten). Die in Absatz 6 von Artikel 28 AHVV nun vorgesehene, explizite Normierung auf Verordnungsstufe vermeidet unnötige Abgrenzungsdiskussionen zum Begriff der „Unterstützung aus öffentlichen Mitteln“ in Bezug auf Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe und stellt sicher, dass den sozial schwächeren AHV-Rentnern bzw. der EL keine Mehrbelastungen erwachsen.

Die Simulation (Miteinbezug der konkret ausbezahlten AHV-Renten in die Berechnung des Beitragssubstrates)<sup>8</sup> zeigt folgendes Bild:

Kategorien/Unterkategorien von Nichterwerbstätigen,	Anzahl pro Unterkat.	Total Kat	Davon EL-Fälle
<b>A</b> <b>Personen, die selber keinerlei AHV-Rente beziehen, wobei aber der Ehegatte eine vorgezogene oder ordentliche Altersrente bezieht</b>		<b>19'811</b>	<b>684</b>
<b>B</b> <b>Personen, die selber eine vorgezogene Altersrente der AHV beziehen, wobei</b>		<b>905</b>	<b>78</b>
B1 kein Ehegatte vorhanden ist bzw. der Ehegatte keinerlei Rente der AHV bezieht	434		70
B2 der Ehegatte ebenfalls eine (vorgezogene) AHV-Rente bezieht	471		8
<b>C</b> <b>Personen, die eine Witwen- oder Witwerrente und ggf. eine Waisenrente nach AHVG beziehen</b>		<b>7'914</b>	<b>1'530</b>
<b>Total betroffene Nichterwerbstätige: 26'338 (total abzüglich der EL-Fälle)</b>		<b>28'630</b>	<b>2'292</b>

<sup>6</sup> Nicht erfasst sind Ehepartner von Erwerbstätigen, welche auf ihrem Erwerb mehr als den doppelten Mindestbeitrag entrichten

<sup>7</sup> Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, SR 831.30

<sup>8</sup> Gestützt auf die Registerdaten 2005

#### b. Beitragshöhe und Mehreinnahmen für die Versicherung

Insgesamt hat die Neuregelung jährlich Mehreinnahmen von 12,3 Mio Franken für die AHV/IV/EO zur Folge. Auf die einzelnen Personengruppen und Beitragskategorien wirkt sich die Einberechnung der AHV-Renten wie folgt aus

	Beitragssubstrat gemäss Verordnung		Nur Personen ohne EL, da nur diese von Erhöhung betroffen sind					
	von	bis	Kat. A Ohne eigene Rente AHV, aber Ehegatte mit AHV-Rente	Kat. B Vorbezug AHV-Rente	Kat. C Witwen/ Witwer	Total Personen	Heutiger Beitrag im Durch- schnitt	Anstieg im Durch- schnitt
1	0	300'000	6156	220	1653	8092	460	248
2	300'000	1'750'000	12225	594	4261	17080	1376	555
3	1'750'000	4'000'000	637	13	386	1036	5249	870
4	4'000'000	Un- begrenzt	109	0	84		10'100	0, da Max.
			19127	827	6384	26'338		

#### 4. Zusätzliche Änderung

Die Anpassung des Mindestbeitrages an die Lohn- und Preisentwicklung (vgl. Art. 2 Abs. 2 Verordnung 11) macht eine entsprechende Änderung in *Absatz 1* notwendig.

#### Artikel 29 Absatz 7

Gemäss *Absatz 7* gelten für die Festsetzung und die Ermittlung der Beiträge von Nichterwerbstätigen die Artikel 22 bis 27 AHVV sinngemäss. Weil die Ausgleichskassen bei Nichterwerbstätigen, welche den Mindestbeitrag schulden (z.B. Studierende und aus öffentlichen Mitteln oder von Drittpersonen Unterhaltene oder Unterstützte gemäss Art. 10 Abs. 2 AHVG), für die Beitragsfestsetzung keine Steuermeldungen benötigen, wird in *Absatz 7* ein neuer Satz hinzugefügt, wonach den Steuerbehörden eine Vergütung nur für jede Nichterwerbstätige bzw. jeden Nichterwerbstätigen, die bzw. der mehr als den Mindestbeitrag schuldet, gewährt wird. Im Übrigen kommt Artikel 27 Absatz 4 AHVV sinngemäss zur Anwendung.

#### Artikel 34d Absatz 1

(Geringfügiger Lohn)

Nach Artikel 14 Absatz 5 AHVG, der am 01. Januar 2008 in Kraft trat, kann der Bundesrat bestimmen, dass auf einem jährlichen massgebenden Lohn bis zum Maximalbetrag der monatlichen Altersrente keine Beiträge entrichtet werden müssen. Er kann diese Möglichkeit für bestimmte Tätigkeiten ausschliessen. Der Arbeitnehmer kann jedoch in jedem Fall verlangen, dass der Arbeitgeber die Beiträge entrichtet. Von dieser Kompetenz hat der Bundesrat in Artikel 34d Absatz 1 AHVV, der ebenfalls auf den 01. Januar 2008 in Kraft trat, in der Weise Gebrauch gemacht, dass auf massgebenden Löhnen bis 2'200 Franken je Arbeitgeber im Kalenderjahr keine Beiträge zu erheben sind. Diese Regelung löste diejenige des früheren Artikel 8<sup>bis</sup> AHVV ab.

Da die Renten auf den 01. Januar 2011 erhöht werden und der in Artikel 34d Absatz 1 AHVV vorgesehene Betrag in Beziehung zum Maximalbetrag der monatlichen Altersrente steht, schöpft der Bundesrat die ihm in Artikel 14 Absatz 5 AHVG verliehene Befugnis aus, um den Betrag des massgebenden Lohns anzupassen, bis zu dem Beiträge nur auf Verlangen des Versicherten erhoben werden. Aus Praktikabilitätsgründen entspricht dieser Betrag der auf die nächsten hundert Franken abgerundeten maximalen monatlichen Altersrente.

## **Art. 49bis und Art. 49ter** (Ausbildung)

### **Vorbemerkungen**

Bis heute hat der Bundesrat keine Verordnungsbestimmungen zur Ausbildung erlassen. Die Rechtsprechung und Verwaltung haben Grundsätze entwickelt, welche ihren Niederschlag in der Rentenwegleitung gefunden haben. Wegen der Zunahme von Fällen, in denen es angesichts der vielfältigen Ausbildungswege der jungen Leute nicht immer eindeutig ist, ob es sich um eine Ausbildung handelt oder nicht, aber auch wegen Unklarheiten bei der Handhabung von Ausbildungsunterbrüchen, insbesondere wegen Militär- und Zivildienst, sollen die Eckpfeiler nun auf Verordnungsebene fixiert werden, mit dem Ziel, die Anwendung in der Praxis zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Gleichzeitig wird damit die Möglichkeit genutzt, Brückenangebote wie Motivationssemester und Vorlehren in gleicher Weise als Ausbildung anzuerkennen, hingegen diejenigen, die in einem Praktikum oder während ihres Studiums ein Einkommen von derzeit über 27360 Franken pro Jahr (2280 Franken pro Monat) erzielen, nicht mehr als „in Ausbildung stehend“ zu betrachten.

### **Art. 49bis Absatz 1** (Begriff der Ausbildung)

Es handelt sich um die allgemeinen Grundsätze, die von der Gerichts- und Verwaltungspraxis zum Begriff der Ausbildung entwickelt worden sind. Es kann eine erstmalige Ausbildung, eine Weiterbildung, eine Zusatz- oder eine Zweitausbildung sein.

Insbesondere ist bei Praktika, bei denen nicht zum vornherein ein bestimmter Berufsabschluss angepeilt wird, besonderes zu prüfen, ob eine systematische Vorbereitung auf ein Bildungsziel hin erfolgt, und zwar auf der Grundlage eines ordnungsgemässen Lehrgangs. Längst nicht jede praktische Tätigkeit mit tiefem Lohn (selbst wenn mit „Praktikumsvertrag“) gilt als Ausbildung im Sinne der AHV.

Mit dem Erfordernis des „zeitlich überwiegend“ soll erreicht werden, dass nur Kinder mit einem quantitativ beachtlichen Ausbildungsaufwand erfasst werden. Insbesondere diejenigen, die ein paar Kurslektionen pro Woche besuchen und daneben eine Tätigkeit ohne Ausbildungscharakter (also nicht Praktikum im Hinblick auf Berufsziel) ausüben oder gar keinem Erwerb nachgehen, befinden sich nicht in Ausbildung. Darunter fallen beispielsweise Lehrabgänger, die bei der Abschlussprüfung durchgefallen sind und anschliessend im „Wiederholungsjahr“ lediglich eine geringe Anzahl Repetitionskurse pro Woche besuchen. Der zeitliche Aufwand für die Ausbildung (Schulunterricht einschliesslich Vor- und Nachbereitung, Hausaufgaben und Selbststudium) muss mindestens 20 Stunden pro Woche ausmachen. Auch bei den Jugendlichen, die ein Fernstudium absolvieren, ist ein besonderes Augenmerk auf diesen Punkt zu werfen. Der Ausbildungsaufwand bzw. Zeitaufwand, den eine Person (ausschliesslich oder zusätzlich) im Selbststudium (Hausaufgaben, Fernstudium, Schreiben einer Diplomarbeit im Rahmen der Ausbildung) betreibt, kann nur mittels Indizien festgestellt werden, mit dem Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit; in der Praxis ist unter anderem auf Auskünfte der Ausbildungsstätte abzustellen.

### **Art. 49bis Absatz 2** (Begriff der Ausbildung)

Das Bundesgericht hat es abgelehnt, die so genannten Motivationssemester (arbeitsmarktliche Massnahmen) als Ausbildung anzuerkennen, weil es bei diesen von einem überwiegenden Beschäftigungsaspekt gegenüber dem Ausbildungsaspekt ausgegangen ist. Andere ähnliche Brückenangebote wie Vorlehren werden in der Praxis eher als Ausbildung anerkannt, da es sich bei diesen um kantonale Bildungsmassnahmen handelt. Diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen. Es spricht deshalb einiges dafür, alle derartigen Brückenangebote gleichermassen als Ausbildung anzuerkennen, weil sie zum einen auch schulische Kurse (1 bis 2 Tage) beinhalten und zum andern diese Programme auch häufig direkt in eine Ausbildung münden. In bestimmten Fällen und Kantonen kann die/der Jugendliche nach erfolgreicher Teilnahme an einem Motivationssemester sogar ins 2. Lehrjahr einsteigen. Das Nutzen von Brückenangeboten ist für Jugendliche eine begrüssenswerte Möglichkeit, den Weg zu einer Ausbildung und damit zu einer späteren Berufstätigkeit zu finden.

In eine ähnliche Kategorie wie die Brückenangebote gehen die Aupair-Einsätze in einem fremdsprachigen Gebiet. Ein Aupair-Aufenthalt erstreckt sich in der Regel über ein Jahr, während dem die Jugendlichen in einer Familie mithelfen und gleichzeitig die Fremdsprache erlernen bzw. vertiefen. Als Entschädigung erhalten sie Kost und Logis (Logis haben sie meist auch noch im Elternhaus) und 500 bis 600 Franken Lohn. Weil das Beherrschen einer Fremdsprache eine wichtige Basiskompetenz für jeden späteren Beruf bildet, soll ein solches Jahr als Ausbildungszeit anerkannt werden, auch wenn die Anzahl Schullektionen nur klein ist. Zumindest ein gewisser Anteil Schule wird aber in jedem Fall vorausgesetzt. Das Gleiche gilt auch für Sprachaufenthalte, welche grundsätzlich als Ausbildung anzuerkennen sind.

### **Art. 49bis Absatz 3**

(Begriff der Ausbildung)

Hingegen sollen keine Sozialversicherungsleistungen fließen, wenn das Kind ein beachtliches Erwerbseinkommen erzielt, mit dem es seinen Lebensunterhalt wesentlich mitfinanzieren oder sogar vollständig selber finanzieren kann. Insbesondere bei höheren Praktikantenlöhnen (z.B. bei Versicherungen und Banken oder Computerfirmen) erscheint es heute zu grosszügig, wenn noch Waisen- und Kinderrenten hinzukommen. Die Einkommenslimite (Maximalrente der AHV) korrespondiert mit derjenigen von Artikel 1 Absatz 2 FamZV (Ausbildungszulage). Ob beim erzielten Einkommen jeweils auf das Jahreseinkommen (umgerechnet auf einen Monat) oder auf das Monatseinkommen während bestimmter Monate abzustellen ist, richtet sich nach folgenden Kriterien: Beginnt oder endet die Ausbildungszeit während des Kalenderjahres, sind vorherige oder nachherige Monate nicht miteinzubeziehen. Bsp 1: Nach dem Lehrabschluss wird der anschliessende höhere Lohn als Berufsmann/-frau nicht mehr berücksichtigt. Andererseits werden Erwerbseinkommen während Zeiten gemäss Art. 49ter Abs. 3 auf einen Monatsdurchschnitt während der gesamten Ausbildungszeit im betreffenden Kalenderjahr „umgerechnet“. Bsp 2: Verdient eine Studentin/ein Student während den Semesterferien mehr als 2280 Franken monatlich, besteht trotzdem Anspruch auf eine Waisenrente, sofern das Einkommen während der Ausbildung im Monatsdurchschnitt nicht über 2280 Franken liegt. Den Erwerbseinkommen gleichgestellt sind Ersatzeinkommen wie beispielsweise Taggelder der EO, ALV, IV.

### **Art. 49ter Absatz 1**

(Beendigung und Unterbrechung der Ausbildung)

Mit einem Berufsabschluss wird die Ausbildung beendet. Es ist aber möglich, anschliessend oder später eine weitere Ausbildung aufzunehmen. Das gleiche gilt für einen Schulabschluss (Bsp. Matura).

### **Art. 49ter Absatz 2**

(Beendigung und Unterbrechung der Ausbildung)

Wird die Ausbildung nicht wie vorgesehen regulär abgeschlossen, sondern vorzeitig abgebrochen, soll die Waisen- oder Kinderrente auf diesen Zeitpunkt eingestellt werden. Dies soll auch dann der Fall sein, wenn das Kind seine Ausbildung unterbricht. Die Leistungen werden eingestellt und erst wieder ausgerichtet, wenn die Person erneut eine Ausbildung (Zusatzausbildung oder neue Ausbildung) beginnt.

### **Art. 49ter Absatz 3**

(Beendigung und Unterbrechung der Ausbildung)

Wie bisher sollen gewisse Unterbrechungen in der Ausbildung kein Grund sein, die Waisen- und Kinderrenten einzustellen. Nebst den Unterbrüchen als Folge eines Unfalls, einer Krankheit oder Schwangerschaft, sollen auch gewisse „schulfreien bzw. vorlesungsfreien“ Zeiten darunter fallen, jedoch nur die im Ausbildungsablauf vorgesehenen regulären bzw. üblichen Zeiten und nur unter der Voraussetzung, dass die Ausbildung anschliessend unmittelbar daran fortgesetzt wird. Für Absolventinnen und Absolventen der gymnasialen Matura gilt die Zeit bis zum Vorlesungsbeginn an der Universität oder einer anderen Institution als Ausbildungszeit, jedoch nur dann, wenn der Unterbruch bis zur Fortsetzung der Ausbildung nicht länger als 4 Monate dauert (Bsp. Matura im Juni, Vorlesungsbeginn Mitte September). Wer sich beispielsweise für ein „Zwischenjahr“ (Ferien, Job, Militärdienst) entscheidet, befindet sich nach der Matura vorderhand nicht mehr in Ausbildung, ebenso wenig wer sich für ein „Urlaubssemester“ an der Uni einschreibt. Im Sinne einer Gleichbehandlung wird auch den Absolventinnen und Absolventen der Berufsmatura eine maximale Unterbrechung von 4 Monaten (bis zur Fortsetzung der Ausbildung) als übliche unterrichtsfreie Zeit zugestanden. Vorbehalten bleibt auch in dieser Zeit die noch zulässige Einkommenslimite von Art. 49bis Abs. 3.



Wer heute in der Schweizer Armee Dienst leistet, erhält im Monat rund 2000 Franken (ein(e) Rekrut(in) erhält pro Tag 62 Franken Erwerbsersatz und 4 Franken Sold), nebst Kost und Befreiung der Krankenkassenprämie. In Beförderungs- und Gradänderungsdiensten wird mit dem EO-Taggeld und Sold plus Soldzulage schnell einmal ein Einkommen von 3000 bis 4000 Franken erreicht. Diese doch recht beachtlichen Einkommen rechtfertigen es, während Ausbildungsunterbrüchen wegen Zivil- oder Militärdienst grundsätzlich keine Waisen- und Kinderrenten mehr fliessen zu lassen.

Eine Ausnahme ist nur dann zuzulassen, wenn ein WK oder eine Rekrutenschule in eine unterrichtsfreie Zeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitte gelegt wird. Das ist beispielsweise bei einer RS (dauert heute je nach Truppengattung 18 oder 21 Wochen) möglich, wenn sie zwischen Matura und Studienbeginn absolviert wird, was heute je nach RS-Dauer und Studienrichtung allerdings nicht mehr so häufig praktiziert wird. Denn im Normalfall dauert eine übliche unterrichtsfreie Zeit selten länger als 15 oder 16 Wochen, weshalb eine RS von rund 5 Monaten darin kaum mehr Platz hat. Die Rekrutin oder der Rekrut kann jedoch in Kauf nehmen, eine kurze Zeit an der Uni zu verpassen. Oder sie/er fraktioniert die RS, so dass die einzelnen „RS-Abschnitte“ in den üblichen Semesterferien geleistet werden können. Lässt hingegen jemand wegen des Militär- oder Zivildienstes ein oder zwei Semester aus bzw. beginnt erst später mit dem Studium, besteht während des Dienstes kein Anspruch auf Waisen- bzw. Kinderrenten. Daraus ergibt sich, dass eine Rekrutenschule am Stück nur noch selten als Ausbildungszeit gilt. Nur wer das Modell „Militärdienst während unterrichtsfreien Zeiten“ wählt, soll nicht schlechter gestellt werden als ein(e) Student(in), der (die) während den Semesterferien (übliche unterrichtsfreie Zeiten) mit einem Job Geld verdient. Längere Dienstleistungen (Durchdienen, Abverdienen in Folge) sind indessen nur mit Auslassen von Semestern möglich, also mit einem Ausbildungsunterbruch, während dem keine Waisen- und Kinderrenten ausgerichtet werden.

Mit dieser Bestimmung sollen die „bezahlten“ Ausbildungsunterbrüche klar auf die objektiv notwendigen eingegrenzt werden, was grundsätzlich bereits der heutigen gängigen Praxis entspricht

#### **Art. 71ter**

(Auszahlung Kinderrente)

#### **Vorbemerkungen**

Unbestrittenermassen steht der Anspruch auf die Kinderrente dem Stammrentner bzw. der Stammrentnerin zu. Der invalide oder altersrentenberechtigte Elternteil soll damit seine Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind erfüllen können.

Auf den 1. Januar 2002 wurde die Auszahlung der Kinderrente im Falle eines unmündigen Kindes, das beim nicht rentenberechtigten Elternteil lebt, auf Verordnungsebene geregelt (Art. 82 IVV und Art. 71ter AHVV); die gesetzliche Grundlage hierfür trat auf den 1. Januar 2003 in Kraft (Art. 35 Abs. 4 IVG und Art. 22ter Abs. 2 AHVG). Im Umstand, dass der Bundesrat die Drittauszahlung der Kinderrente in Artikel 71ter AHVV nur im Falle eines Kindes unter elterlichen Sorge, also eines unmündigen Kindes geregelt hat, sieht das Bundesgericht ein qualifiziertes Schweigen des Ordnungsgebers, mithin kein Platz für eine richterliche Lückenfüllung, mit welcher die Drittauszahlung der Kinderrente im Falle eines mündigen Kindes durch den Sozialversicherungsrichter „gelöst“ werden könnte (Urteile vom 28. Dezember 2005 (I 840), vom 27. Dezember 2007 (BGE 134 V 15) und vom 20. Oktober 2009 (9C\_326/2009)). Für das Bundesgericht ist deshalb die die vorher entwickelte Rechtsprechung, wonach nebst der Drittauszahlung der Kinderrente an den/die nicht rentenberechtigte/n Inhaber/in der elterlichen Sorge, bei dem/der das Kind wohnt, auch die direkte Auszahlung an das mündige Kind selber in Frage kam, aktuell nicht mehr anwendbar. Nach der früheren Rechtsprechung war nämlich auch eine direkte Auszahlung an das volljährige Kind zulässig, wenn die bestimmungsgemässe Verwendung der Rente nicht gewährleistet war und feststand, dass das volljährige Kind die Rente zweckentsprechend für seinen Unterhalt verwendet.

Diese Rechtsprechung bewirkt in der Praxis häufig unbefriedigende Ergebnisse. Wenn nämlich die Kinderrente dem Stammrentner ausbezahlt werden muss, dieser jedoch das Geld anders als für das in Ausbildung stehende Kind verwendet, ist dies stossend. Die „neue“ Rechtsprechung unterstützt ein solches Verhalten, was mit dem Zweck der Kinderrente unvereinbar ist. Dass in solchen Fällen nur eine Korrektur über den umständlicheren

zivilrechtlichen Weg erreicht werden kann, vermag aus der Sicht der sozialversicherungsrechtlichen Zweckbestimmung nicht zu befriedigen.

In vielen Fällen läuft die Auszahlung der Kinderrente an den getrennt lebenden Elternteil, bei welchem das Kind wohnt, problemlos und es ist weder für die Betroffenen noch die Durchführungsstellen ersichtlich, wieso an dieser Auszahlungsmodalität bei Erreichen des 18. Altersjahres etwas geändert werden muss, wenn sich ansonsten nichts ändert, weder an der Wohnsituation noch an der Ausbildungssituation des Kindes. Das führt denn in der Praxis nicht selten dazu, dass die Auszahlung weiterhin – mit stillem Einverständnis der Betroffenen - wie bis anhin problemlos erfolgt. Die Ausgleichskassen riskieren damit aber Doppelzahlungen, dann nämlich, wenn der rentenberechtigte Elternteil später „sein Recht“ durchsetzt. Um dies zu verhindern, müssten die Ausgleichskassen die Betroffenen gezielt auf ihre Rechte aufmerksam machen, mit dem Effekt, dass die rentenberechtigte Person ihr Recht u. U. so wahrnimmt, dass sie die Kinderrente an sich auszahlen lässt, ohne diese (oder ein gleichwertiger Geldbetrag) dem Kind zukommen zu lassen.

Mit einer Anpassung der Verordnung können diese Mängel behoben werden.

### **Artikel 71ter Sachüberschrift**

(Auszahlung Kinderrente)

Die Auszahlung der Kinderrente wird neu nicht nur im Falle von getrennt lebenden oder geschiedenen Eltern geregelt, sondern auch für volljährige Kinder, deren Eltern im gemeinsamen Haushalt leben.

### **Artikel 71ter Absatz 3**

(Auszahlung Kinderrente)

Die Rente ist für den Unterhalt des Kindes gedacht. Sie soll daher weiterhin in denjenigen Haushalt fliessen, in dem das Kind über die Mündigkeit hinaus wohnt, vorausgesetzt, dass die Kinderrente schon vor Erreichen der Volljährigkeit dorthin ausbezahlt worden ist. Ist das Kind also beim nichtrentenberechtigten Elternteil wohnhaft, soll die Kinderrente weiterhin (über die Mündigkeit hinaus) an diesen Elternteil ausbezahlt werden können. Entsteht hingegen die Kinderrente erst nach Erreichen der Volljährigkeit, kann sie nicht mehr an den nicht rentenberechtigten Elternteil ausbezahlt werden.

Hingegen kann das volljährige Kind die Auszahlung der Kinderrente immer auch an sich selber verlangen, egal ob es bei seinen Eltern, nur einem Elternteil oder nicht mehr bei den Eltern lebt. Vorbehalten bleiben abweichende vormundschaftliche oder zivilrichterliche Anordnungen.

### **Schlussbestimmungen**

Ab dem 01. Januar 2011 erfolgt der Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden grundsätzlich ausschliesslich über die zentrale Informatik- und Kommunikationsplattform des Bundes Sedex. Den Steuerbehörden ist für die ab diesem Zeitpunkt übermittelten Meldungen eine Vergütung von 7 Franken pro Beitragsjahr für jede selbstständigerwerbstätige Person, für jede nichterwerbstätige Person, die mehr als den Mindestbeitrag schuldet, sowie für jede Arbeitnehmerin bzw. für jeden Arbeitnehmer ohne beitragspflichtige Arbeitgeberin bzw. ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber aus dem Ausgleichsfonds der AHV auszurichten. *Absatz 1* legt diesen Grundsatz fest.

Der Austausch der Steuermeldungen zwischen den Steuerbehörden und den Ausgleichskassen ist ein Prozess des Projektes «CH-Meldewesen Steuern», welches schweizweit den Meldungs austausch im Steuerumfeld regelt. Die Meldungen werden elektronisch über Sedex ausgetauscht und direkt in den Fachapplikationen verarbeitet. Der Endausbau des elektronischen Datenaustausches ist für das Jahr 2015 vorgesehen (s. die Information der SSK auf [www.chm-steuern.ch](http://www.chm-steuern.ch) [Rubrik «Weitere Informationen»]). Die Einführung des elektronischen Steuermeldevorgangs zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden erfordert umfangreiche Anpassungsarbeiten in der IT-Umgebung der einzelnen Ausgleichskassen und Steuerbehörden. Nicht alle Steuerbehörden werden diese am 01. Januar 2011 abgeschlossen haben. Um den Steuerbehörden genügend Zeit zur Umsetzung einzuräumen, sieht *Absatz 2* vor, dass den Steuerbehörden die Vergütung von 7 Franken auch dann gewährt wird, wenn sie die Meldungen während dem ersten Jahr nach der Einführung nicht über Sedex,

sondern noch auf Papier oder anderen Datenträgern übermitteln. Bei den Ausgleichskassen ist ein erheblicher IT-Aufwand entstanden. Wenn nun Steuermeldungen nicht über Sedex gesendet werden und damit von den Ausgleichskassen nicht automatisch verarbeitet werden können, verursacht dies bei ihnen einen zusätzlichen Arbeitsaufwand. Absatz 2 sieht deshalb ein Anreizsystem für einen möglichst raschen Wechsel der Steuerbehörden zum elektronischen Datenaustausch über Sedex vor. Diejenigen Steuerbehörden, welche Meldungen ab dem zweiten Jahr nach Einführung des einheitlichen elektronischen Steuermeldevorgangs noch auf Papier oder anderen Datenträgern erstellen, sollen dafür bloss eine reduzierte Vergütung erhalten. Für die ab dem 01. Januar 2012 auf diese Weise übermittelten Meldungen beträgt die Vergütung 6 Franken, für die ab dem 01. Januar 2013 übermittelten Meldungen 5 Franken. Für die ab dem 01. Januar 2014 nicht über Sedex ausgetauschten Steuermeldungen wird den Steuerbehörden noch eine Vergütung von 3 Franken gewährt.

## **Commentaire des modifications du RAVS au 1<sup>er</sup> janvier 2011**

### **Art. 16, al. 1**

(Cotisations des salariés dont l'employeur n'est pas tenu de payer des cotisations)

L'art. 16 fait référence au montant supérieur du barème dégressif, au sens de l'art. 21 RAVS. Cette valeur est adaptée en fonction de l'évolution des salaires et des prix (cf. art. 1 de l'Ordonnance 11), ce qui rend nécessaire une modification correspondante de l'al. 1.

### **Art. 19**

(Revenu de minime importance provenant d'une activité indépendante exercée à titre accessoire)

En application de l'art. 8, al. 2, LAVS, l'art. 19 RAVS prévoit que lorsque le revenu provenant d'une activité indépendante exercée à titre accessoire n'excède pas 2'200 francs par année civile, la cotisation n'est perçue qu'à la demande de l'assuré. Depuis plusieurs dizaines d'années déjà, ce montant correspond à celui du salaire de minime importance sur lequel les cotisations ne sont perçues qu'à la demande de l'assuré prévu à l'art. 34d, al. 1, RAVS et, auparavant, à celui qui était prévu à l'ancien art. 8<sup>bis</sup> RAVS. Dans la mesure où l'art. 34d, al. 1, RAVS est adapté au 1<sup>er</sup> janvier 2011 en raison du relèvement du montant des rentes, (cf. commentaire de l'art. 34d, al. 1, RAVS), le Conseil fédéral souhaite, pour des raisons pratiques et d'égalité de traitement, aussi augmenter celui prévu à l'art. 19 RAVS. Pour des raisons pratiques également, ce montant correspond à la rente vieillesse mensuelle maximale arrondie à la centaine de francs inférieure.

### **Art. 21**

(Barème dégressif des cotisations des personnes exerçant une activité indépendante)

Les limites supérieure et inférieure du barème dégressif sont adaptées en fonction de l'évolution des salaires et des prix (cf. art. 1 de l'Ordonnance 11), ce qui entraîne une modification de l'al. 1. Les divers échelons du barème doivent être adaptés simultanément. La structure de barème n'est toutefois pas modifiée.

L'adaptation de la limite inférieure du barème dégressif à l'évolution des salaires et des prix exige une modification du montant indiqué à l'al. 2.

### **Art. 27, al. 4**

(Indemnité due pour les communications fiscales)

Depuis les débuts de l'AVS, les autorités fiscales cantonales reçoivent, de la part des caisses de compensation, une indemnité appropriée pour chaque communication. Depuis 1969, dite indemnité est fixée par l'OFAS (auparavant, par le Département). Suite au passage de l'AVS au système de calcul postnumerando annuel le 1<sup>er</sup> janvier 2001, son montant est de 12 francs par communication (jusqu'à fin 2000, il s'élevait à 4 francs pour deux ans, jusqu'en 1992, il était de 10 francs et précédemment de 5, 3 et 2 francs). Lors de la fixation du montant actuel de l'indemnité, l'OFAS a tenu compte, d'une part, de l'accroissement du rythme des communications – dans le système de calcul praenumerando, celles-ci n'étaient sollicitées que tous les deux ans – et, d'autre part, du fait qu'il incombait désormais aux autorités fiscales de rajouter les cotisations ayant fait l'objet d'une déduction fiscale. Ce montant devait s'appliquer durant la période précédant l'introduction d'un système de transmission des communications par voie électronique entre les autorités fiscales et les caisses de compensation puis être réexaminé et adapté (voir l'extrait du Bulletin in Pratique VSI 5/2000, p. 219). Le moment est venu de procéder à une adaptation de ce montant. A cela s'ajoute encore le fait que, à l'avenir, il appartiendra au fonds de compensation de l'assurance-vieillesse et survivants d'assumer les frais des communications fiscales. Il s'agit là d'un reliquat du projet « Financement des caisses de compensation » de l'an dernier que la Commission fédérale AVS/AI et le Conseil fédéral ont d'ores et déjà approuvé en tant que partie du projet global (voir ci-dessous).

Dès le 1<sup>er</sup> janvier 2011, l'échange des données entre les caisses de compensation et les autorités fiscales se fera en principe exclusivement via la plateforme centrale informatique et de communication de la Confédération « Sedex » (au sujet de Sedex, voir l'ordonnance sur l'harmonisation des registres du 21 novembre 2007 [RS 431.021]). La nouvelle manière dont les données seront transmises ne change rien au fait que les autorités

fiscales continueront de percevoir une indemnité appropriée. Toutefois, elle implique un réexamen du montant de l'indemnité. A partir du 1<sup>er</sup> janvier 2011, les directives de l'OFAS contraindront les caisses de compensation à adresser leurs demandes de communication portant sur le revenu d'une activité indépendante et sur le capital propre engagé dans l'entreprise de même que sur la fortune et les revenus sous forme de rentes des personnes sans activité lucrative et sur le revenu des salariés dont l'employeur n'est pas tenu de payer des cotisations aux autorités fiscales compétentes via Sedex uniquement et à être en mesure de recevoir les communications fiscales également via Sedex. En principe, à partir de cette date, les autorités fiscales devront elles aussi transmettre aux caisses de compensation les communications demandées via Sedex. Toutefois, étant donné que, à la différence des caisses de compensation, toutes les autorités fiscales cantonales n'auront pas mis en place la procédure de communication par voie électronique au 1<sup>er</sup> janvier 2011, les communications pourront encore s'effectuer, dans l'intervalle, sous format papier ou au moyen d'autres supports de données. Cependant, afin d'inciter les cantons à introduire cette procédure le plus rapidement possible, les autorités fiscales qui continueront à ne pas transmettre leurs communications via Sedex plus d'un an après l'introduction de la procédure de communications fiscales par voie électronique ne recevront plus qu'une indemnité dégressive (voir les dispositions finales).

Actuellement, les autorités fiscales reçoivent, en principe, une indemnité pour toutes les communications et ce, même pour celles qui se révèlent inutilisables par les caisses de compensation. Aucune indemnité n'est versée pour les compléments apportés aux communications incomplètes. Les communications portant sur le revenu d'une activité indépendante sont fondées sur la taxation passée en force de l'impôt fédéral direct, celles sur le capital propre engagé dans l'entreprise, sur la taxation passée en force de l'impôt cantonal adaptée aux valeurs de répartition intercantionales (art. 23, al. 1, RAVS). En principe, il ne devrait donc y avoir qu'une communication (ordinaire ou spontanée) par année de cotisation et par personne tenue de payer des cotisations. Il n'en va différemment que lorsque le revenu d'une activité indépendante est communiqué après coup sur la base d'une procédure de rappel d'impôt. C'est pourquoi l'al. 4 prévoit que les autorités fiscales ne reçoivent qu'une indemnité par année de cotisation pour chaque personne exerçant une activité indépendante. Lors de la fixation du montant de l'indemnité, il a été tenu compte du fait qu'il n'y aura plus d'indemnité versée en cas de communication fiscale consécutive à un rappel d'impôt. Il en ira en principe de même en ce qui concerne la fixation et la détermination des cotisations des salariés dont l'employeur n'est pas tenu de payer des cotisations et des personnes sans activité lucrative pour lesquelles l'art. 27 RAVS est applicable par analogie (art. 16, al. 1, dernière phrase, et art. 29, al. 7, RAVS). La fortune déterminante pour le calcul des cotisations est, quant à elle, établie par les autorités fiscales sur la base de la taxation passée en force de l'impôt cantonal (art. 29, al. 3, RAVS).

L'échange électronique des données entre les autorités fiscales et les caisses de compensation via Sedex est un processus du projet « CH-Meldewesen Steuern » mené en commun par eAVS/AI et la Conférence suisses des impôts (CSI) qui règle, à l'échelle suisse, l'échange des communications dans le contexte fiscal. L'échange électronique des données et leur traitement intégré simplifient considérablement le travail administratif et diminuent les frais des autorités fiscales (voir les considérations de la CSI sur <http://www.chm-steuern.ch/?id=10>). La Conférence suisse des impôts évalue à 7 francs le coût moyen prévisible pour une communication fiscale transmise via Sedex. Une indemnité de cet ordre semble plutôt généreuse compte tenu de la simplification administrative et de la réduction des coûts que permet l'échange électronique des données ainsi que du fait qu'à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2011, il reviendra aux caisses de compensation de procéder au rajout des cotisations personnelles déduites dans les cas ordinaires conformément à la convention passée avec les autorités fiscales puisqu'aucune solution technique satisfaisante n'a été trouvée pour le faire (concernant les problèmes pratiques liés à la prise en compte des cotisations déduites, voir FF 2006 1917 p. 1956 s.). Il se justifie toutefois de noter que la procédure de transmission des données fiscales ne peut pas être entièrement automatisée et que des interventions manuelles resteront nécessaires pour établir certaines communications. Une vérification manuelle des indications communiquées sur la base des dossiers fiscaux s'avère également inévitable, sur demande de la caisse de compensation, lorsqu'un assuré s'oppose à une décision de cotisations et conteste les bases de calcul. Une fois ce contrôle effectué, les autorités fiscales confirment les indications données ou établissent, le cas échéant, une nouvelle communication. Il faut également tenir compte du fait que la mise en place et l'entretien du système informatique engendreront des coûts à charge des autorités fiscales et que, durant la phase initiale de la procédure de communication par voie électronique, elles se verront confrontées à davantage de questions, de problèmes à résoudre ainsi que d'incertitudes à dissiper. Par la suite, la procédure de communication sera largement automatisée. Enfin, il sied de rappeler qu'il n'y aura plus d'indemnités pour les

communications multiples ni pour celles consécutives à une procédure de rappel d'impôt (voir les explications ci-dessus). En fin de compte, une indemnité de 7 francs par année de cotisation pour chaque personne exerçant une activité indépendante, pour chaque personne sans activité lucrative qui doit plus que la cotisation minimale (voir la nouvelle 2<sup>e</sup> phrase de l'art. 29, al. 7, RAVS) ainsi que pour chaque salarié dont l'employeur n'est pas tenu de cotiser se révèle appropriée. Ce montant devrait être réexaminé après un temps d'essai et, le cas échéant, adapté sur la base des expériences pratiques en résultant.

Actuellement, les caisses de compensation s'acquittent elles-mêmes des indemnités dues pour les communications fiscales au moyen des contributions aux frais d'administration versées par leurs membres. Les autorités fiscales leur facturent les communications transmises. Afin de décharger financièrement les caisses qui comptent beaucoup d'indépendants, les indemnités seront, à l'avenir, payées par le fonds de compensation de l'AVS. Les indépendants de même que les personnes sans activité lucrative occasionnent en effet des frais considérables aux caisses de compensation et ce, notamment, en ce qui concerne la perception des cotisations. Les caisses qui comptent beaucoup d'indépendants et de personnes sans activité lucrative doivent en conséquence « subventionner » ces segments de leurs assurés au moyen des contributions aux frais d'administration versées par les employeurs. La prise en charge des indemnités dues pour les communications fiscales par le fonds de compensation de l'AVS devrait, entre autres, permettre d'améliorer la situation. Il s'agit là d'un reliquat du projet « Financement des caisses de compensation » mis en œuvre depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2010 qui adapte la systématique du financement aux exigences accrues imposées aux caisses de compensation, au nombre croissant de cas à traiter et aux modifications de structure de la clientèle de certaines caisses de compensation. Le projet comprenait diverses mesures. Conformément à ce qui a déjà été exposé précédemment, le fonds de compensation de l'AVS prendra en charge les indemnités dues pour les communications fiscales dès l'introduction de l'échange électronique des données entre les autorités fiscales et les caisses de compensation via Sedex; la modification correspondante du règlement sera élaborée en temps voulu. Cette mesure, qui constitue la dernière partie du projet « Financement des caisses de compensation », a d'ores et déjà été approuvée par la Commission fédérale AVS/AI et par le Conseil fédéral. L'échange électronique des données permettra de demander et d'obtenir les communications fiscales de manière plus rapide et plus efficace et, en conséquence, de percevoir plus vite les cotisations dues. Partant, les cotisations encaissées porteront intérêts plus tôt, ce qui est à l'avantage du fonds de compensation de l'AVS. Pour les autorités fiscales, la prise en charge des indemnités pour les communications fiscales par le fonds de compensation de l'AVS en simplifiera considérablement l'encaissement. Désormais, elles n'auront plus besoin de calculer et de facturer à chaque caisse de compensation le montant dû pour les communications transmises et ne recevront plus qu'un seul paiement du fonds de compensation de l'AVS pour chaque année de cotisation. La prise en charge des indemnités dues pour les communications fiscales coûtera près de 4 millions de francs par an au fonds de compensation de l'AVS.

Les indemnités totales qui reviennent aux différentes autorités fiscales pour les communications fiscales seront calculées chaque année par l'OFAS sur la base de données statistiques. Ceci est prévu expressément à l'al. 4, 2<sup>e</sup> phrase.

Les art. 22 à 27 RAVS qui règlent la fixation et la détermination des cotisations des indépendants sont applicables par analogie aux salariés dont l'employeur n'est pas tenu de cotiser (art. 16, al. 1, dernière phrase, RAVS) ainsi qu'aux personnes sans activité lucrative (art. 29, al. 7, RAVS). Comme les autorités fiscales recevront pour chaque salarié dont l'employeur n'est pas tenu de cotiser une indemnité de 7 francs par année de cotisation prélevée sur le fonds de compensation de l'AVS, il n'est pas nécessaire de modifier l'art. 16 RAVS. Il n'en va pas de même pour les personnes sans activité lucrative. L'indemnité ne doit être versée que pour les personnes sans activité lucrative qui doivent plus que la cotisation minimale ce qui doit être précisé à l'art. 29, al. 7, RAVS (voir le commentaire de l'art. 29, al. 7, 2<sup>e</sup> phrase).

## **Art. 28, al. 1 et 6**

(Calcul des cotisations des personnes sans activité lucrative)

### **1. Réglementation en vigueur**

Sauf cas particuliers<sup>1</sup>, le calcul des cotisations des personnes sans activité lucrative dépend de leur condition sociale (art. 10, al. 1, LAVS). Les cotisations AVS/AI/APG varient, à l'heure actuelle, entre un minimum de 460 francs<sup>2</sup> et un maximum de 10 100 francs<sup>3</sup> par année. Alors que la cotisation maximum des personnes sans activité lucrative est plafonnée par la loi (cf. art. 10, al. 1, LAVS), la cotisation minimum dépend de l'indice des rentes. En ce qui concerne la notion de « condition sociale », le règlement la concrétise en prenant pour base la fortune et le revenu sous forme de rente disponibles (art. 28, al. 1, RAVS). Concrètement, le revenu acquis sous forme de rente est multiplié par 20 et additionné à la fortune. L'assiette de cotisation ainsi obtenue est divisée en classes de cotisations, la cotisation augmentant à chaque classe.

### **2. Nécessité d'intervenir**

La réglementation selon laquelle les prestations de l'AVS et de l'AI ne sont pas incluses dans l'assiette de cotisation (art. 28, al. 1, 2<sup>e</sup> phrase, RAVS) a été introduite dans le cadre des dispositions d'exécution relatives à la 10<sup>e</sup> révision de l'AVS entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1997 (modification du RAVS du 16 septembre 1996). Cette réglementation, qui codifiait la pratique administrative prévalant à l'époque, trouvait sa justification dans le fait d'éviter un autofinancement de l'assurance. Il était également fait référence à l'ATF 107 V 69 consid. 4 où le Tribunal fédéral avait confirmé cette pratique, bien que le cas d'espèce portait sur des indemnités journalières de l'AI. Or, l'orientation de l'époque consistant en une renonciation de principe de l'« autofinancement » doit aujourd'hui être remise en question pour diverses raisons :

- La renonciation à l'autofinancement n'est plus cohérente depuis bien longtemps dans la mesure où depuis 1988 déjà – et ce de manière différente encore à ce qui prévalait aux temps de l'ATF 107 V 68 ss – les indemnités journalières de l'AI ainsi que les allocations des APG font partie du revenu soumis à cotisations AVS et donc également à cotisations AI et APG (art. 25 LAI et 19a LAPG ; voir aussi art. 6, al. 2, let. b, RAVS).
- Pour le calcul des cotisations, la loi retient comme critère déterminant la « condition sociale » de l'assuré. Puisque celle-ci dépend largement des rentes versées par l'AVS, on ne voit pas pourquoi il ne devrait pas en être tenu compte dans l'assiette de cotisation. Il n'y a pas de raison d'y inclure les rentes de la prévoyance professionnelle, de l'assurance militaire et de l'assurance-accidents mais d'en exclure les prestations de vieillesse. En outre, il est contradictoire que ce soit justement l'AVS qui encourage la perception de rentes anticipées en les exonérant de cotisations. Compte tenu de la diminution de la population active qu'entraîne l'évolution démographique, les récentes modifications législatives tendent, au contraire, à maintenir les employés âgés aussi longtemps que possible au travail<sup>4</sup>.
- En comparaison des rentiers AVS sans activité lucrative préretraités qui ne sont concernés par la hausse des cotisations, en raison de la prise en compte des rentes du 1<sup>er</sup> pilier, que pendant une durée maximale de 2 ans (à savoir jusqu'à l'âge ordinaire de la retraite), les bénéficiaires d'une rente d'invalidité du 1<sup>er</sup> pilier devraient supporter une charge de cotisations supplémentaire durant un temps relativement plus long. C'est pourquoi, les rentes d'invalidité du 1<sup>er</sup> pilier doivent continuer d'être exclues du calcul des cotisations et la réserve prévue actuellement à la 2<sup>e</sup> phrase de l'art. 28, al. 1, RAVS doit être restreinte aux rentes AI selon les art. 36 et 39 LAI.
- Eu égard au nouveau droit de coordination selon le règlement (CE) n° 883/2004<sup>5</sup>, en vigueur dans l'UE depuis le 1<sup>er</sup> mai 2010 et qui s'appliquera à brève échéance également aux relations de l'UE avec la Suisse, le problème de la non prise en compte actuelle des rentes de l'AVS devrait se renforcer. En effet, puisque le champ d'application du droit de coordination comprend désormais également les personnes sans activité lucrative, les rentes des assurances sociales de l'UE devront, au nom du principe de non-discrimination, être traitées de la même manière que les rentes versées par les assurances suisses. Or, puisque les systèmes étrangers ne font aucune distinction entre 1<sup>er</sup> et 2<sup>e</sup> piliers, les rentes de vieillesse et de survivants versées par les Etats membres de l'UE et de l'AELE devraient être entièrement exclues du calcul des cotisations, ce qui

<sup>1</sup> Les étudiants sans activité lucrative et les assurés entretenus ou assistés (art. 10, al. 2, LAVS) et les personnes libérées de l'obligation de payer des cotisations ou réputées les avoir payées elles-mêmes (art. 3, al. 2 et 3, LAVS).

<sup>2</sup> Jusqu'à fin 2010 : répartition AVS/AI/APG pour le minimum : 382/64/14 francs – à partir de 2011: minimum de 475 francs (répartition : 387/65/23 francs).

<sup>3</sup> Jusqu'à fin 2010 : répartition AVS/AI/APG pour le maximum : 8400/1400/300 francs – à partir de 2011: maximum de 10'300 francs (répartition : 8400/1400/500 – avec la modification de l'art. 36, al. 2, RAPG dans le cadre du relèvement du taux de cotisation des APG du 18 juin 2010, la cotisation maximum aux APG a été relevée de 300 à 500 francs).

<sup>4</sup> Voir notamment les messages concernant la 11<sup>e</sup> révision de l'AVS du 21 novembre 2005 (FF 2006 1952) et l'initiative populaire « pour un âge de l'AVS flexible » du 21 décembre 2006 (FF 2007 387), la réponse du Conseil fédéral du 6 septembre 2006 à la motion 06.3284 Heberlein « Incitations à prolonger la vie professionnelle », le rapport « Participation des travailleuses et travailleurs âgés. Propositions de mesures » du groupe directeur mixte DFE/DFI de novembre 2005.

<sup>5</sup> Règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale, ABl. L 166 du 30.04.2004, p. 1.

privilégierait leurs bénéficiaires par rapport aux bénéficiaires de rentes selon le système suisse et imposerait aussi à l'AVS, à l'AI et aux APG une baisse de leurs recettes. En revanche, ce problème ne se pose pas si l'on prend pleinement en considération les rentes de l'AVS dans le calcul des cotisations des personnes sans activité lucrative. En ce qui concerne les non actifs bénéficiaires de rentes d'invalidité, la question de la compatibilité du système demeure toujours ouverte. Toutefois, la problématique est ici, pour l'essentiel, quantitativement plus faible.

### 3. Conséquences

#### a. Personnes concernées

Environ 304'000 personnes appartiennent à la catégorie des personnes inscrites comme étant sans activité lucrative<sup>6</sup>. 231'000 d'entre elles sont considérées comme « stables », c'est-à-dire comme n'exerçant aucune activité lucrative durant 12 mois. Parmi celles-ci, seules 28'630 personnes sont concernées par la nouvelle réglementation car elles-mêmes et/ou leur conjoint/partenaire enregistré perçoivent une rente de l'AVS. Cependant, dans 2'292 cas, il s'agit de bénéficiaires de prestations complémentaires. La loi (art. 10, al. 2, LAVS) dispose que « les assurés entretenus ou assistés au moyen de fonds publics ou par des tiers » ne paient que la cotisation minimum. Afin de garantir que tous les bénéficiaires de prestations complémentaires continuent, en principe, de n'être redevables que de la cotisation minimum, même lorsque l'assiette de cotisation excède désormais la limite de 300'000 francs, il convient de prévoir une réglementation allant dans ce sens à l'art. 28, al. 6, RAVS. Le principe est toutefois légèrement modifié. En effet, dans les cas limites, il s'agit de tenir compte de la cotisation habituelle (qui est plus élevée que la cotisation minimum) si le droit à des prestations complémentaires annuelles ne devait plus être ouvert en raison de la différence entre la cotisation minimum et la « cotisation normale ». En effet, selon l'art. 10, al. 3, let. c, LPC<sup>7</sup>, les cotisations aux assurances sociales doivent être prises en considération au titre de dépenses. Ainsi, le risque que des personnes qui perçoivent aujourd'hui déjà des prestations complémentaires annuelles ne les perdent en raison de l'abaissement de leur cotisation au minimum peut être évité. En effet, même lorsqu'il s'agit de petites cotisations, il ne faut pas perdre de vue que, dans certains cas, le remboursement d'importants frais de maladie et d'invalidité selon l'art. 14 LPC (p. ex. les frais de dentiste) dépend du droit de percevoir des prestations complémentaires annuelles. La norme claire désormais prévue à l'al. 6 de l'art. 28 RAVS évite des discussions inutiles sur le sens à donner à l'expression « entretenus ou assistés au moyen de fonds publics » en lien avec les prestations complémentaires et l'aide sociale et garantit que les bénéficiaires d'une rente AVS resp. de prestations complémentaires, socialement plus faibles, n'aient pas à supporter de charges supplémentaires.

Une simulation incluant les rentes AVS effectivement versées dans le calcul de l'assiette de cotisation<sup>8</sup> donne le résultat suivant :

Catégories/sous-catégories de personnes sans activité lucrative	Effectif par sous-catégorie	Total par catégorie	Dont nb avec PC
<b>A</b> <b>Personnes ne percevant elles-mêmes aucune rente de l'AVS mais dont le conjoint perçoit une rente de vieillesse anticipée ou ordinaire</b>		<b>19'811</b>	<b>684</b>
<b>B</b> <b>Personnes percevant elles-mêmes une rente de vieillesse anticipée de l'AVS et</b>		<b>905</b>	<b>78</b>
B1 qui n'ont pas de conjoint ou dont le conjoint ne perçoit aucune rente de l'AVS	434		70
B2 dont le conjoint perçoit également une rente de vieillesse (anticipée) de l'AVS	471		8
<b>C</b> <b>Personnes percevant une rente de veuf ou de veuve et éventuellement une rente d'orphelin de l'AVS</b>		<b>7'914</b>	<b>1'530</b>
<b>Total des personnes sans activité lucrative concernées: 26'338</b> (déduction faite des bénéficiaires de PC)		<b>28'630</b>	<b>2'292</b>

<sup>6</sup> Ne figurent pas au registre les personnes dont le conjoint travaille et verse des cotisations équivalant au double de la cotisation minimum.

<sup>7</sup> Loi fédérale du 6 octobre 2006 sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (Loi sur les prestations complémentaires; RS 831.30)

<sup>8</sup> D'après les données du registre 2005.



b. Montant des cotisations et recettes supplémentaires pour l'assurance

Cette mesure permettra à l'AVS/AI/APG d'encaisser 12,3 millions de francs de recettes supplémentaires par an. L'inclusion des rentes AVS dans le calcul des cotisations entraîne les effets suivants pour les différents groupes de personnes et catégories de cotisation concernés :

Assiette de cotisations selon le RAVS			Personnes ne bénéficiant pas de PC, seules concernées par l'augmentation					
	de	à	Cat. A Pas eux-mêmes de rente AVS mais conjoint avec rente AVS	Cat. B Rente AVS anticipée	Cat. C Veufs/veuves	Total de personnes	Cotisation actuelle, en moyenne	Hausse de la cotisation, en moyenne
1	0	300'000	6156	220	1653	8092	460	248
2	300'000	1'750'000	12225	594	4261	17080	1376	555
3	1'750'000	4'000'000	637	13	386	1036	5249	870
4	4'000'000	et plus	109	0	84		10'100	0, car cotisation maximum
			19127	827	6384	26'338		

4. Autre modification

L'adaptation de la cotisation minimum à l'évolution des salaires et des prix rend nécessaire une modification de l'al. 1 (cf. commentaire de l'art. 2, al. 2, de l'Ordonnance 11).

**Art. 29, al. 7**

(Indemnité due pour les communications fiscales)

Aux termes de l'al. 7, les art. 22 à 27 RAVS sont applicables par analogie à la fixation et à la détermination des cotisations des personnes sans activité lucrative. Compte tenu du fait que les caisses de compensation n'ont pas besoin de communication fiscale pour fixer la cotisation des personnes sans activité lucrative qui doivent la cotisation minimum (par ex. les étudiants sans activité lucrative et les assurés entretenus ou assistés au moyen de fonds publics ou par des tiers, voir l'art. 10, al. 2, LAVS), une nouvelle phrase est ajoutée à l'al. 7 précisant que l'indemnité n'est versée que pour les personnes sans activité lucrative qui doivent plus que la cotisation minimum. En outre, l'art. 27, al. 4, RAVS s'applique par analogie.

**Art. 34d, al. 1**

(Salaire de minime importance)

L'art. 14, al. 5, LAVS, entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2008, dispose que le Conseil fédéral peut prévoir qu'aucune cotisation n'est versée si le salaire annuel déterminant ne dépasse pas la rente vieillesse mensuelle maximale mais qu'il peut exclure cette possibilité pour des activités déterminées. Le salarié peut toutefois demander que les cotisations soient dans tous les cas payées par l'employeur. Cette possibilité a été mise en œuvre par le biais de l'art. 34d, al. 1, RAVS, également entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2008, qui prévoit l'exonération du paiement de cotisations jusqu'à un montant de 2'200 francs pour toutes les personnes exerçant une activité salariée. Cette réglementation a remplacé celle prévalant autrefois à l'art. 8<sup>bis</sup> RAVS.

Dans la mesure où le montant des rentes est relevé au 1<sup>er</sup> janvier 2011 et où le montant prévu à l'art. 34d, al. 1, RAVS est en relation avec le montant de la rente vieillesse mensuelle maximale, le Conseil fédéral souhaite profiter de la compétence qui lui est accordée à l'art. 14, al. 5, LAVS et ainsi adapter le montant du salaire déterminant pour lequel les cotisations ne sont perçues qu'à la demande de l'assuré. Pour des raisons pratiques, ce montant correspond à la rente vieillesse mensuelle maximale arrondie à la centaine de francs inférieure.

**Art. 49bis et art. 49ter**  
(Formation)

**Remarques préliminaires**

Le Conseil fédéral n'a à ce jour édicté aucune disposition réglementaire. La jurisprudence et la pratique administrative ont ainsi développé des principes qui ont trouvé leur assise au sein des directives sur les rentes (DR). Cela étant, face à la diversification des filières de formation et à la recrudescence des cas où il est légitime de se demander si l'on se trouve oui ou non en présence d'une formation, il apparaît indiqué de fixer les critères de détermination utiles dans les dispositions réglementaires. Ce mode de faire permettra l'émergence d'une pratique plus aisée et plus uniforme, et c'est d'autant plus vrai qu'à ce jour, la difficulté se trouve encore accrue par toutes les ambiguïtés observées dans le traitement des interruptions de la formation, en particulier pour raisons de service militaire ou de service civil. C'est également l'occasion de reconnaître dorénavant en tant que formation des semestres de motivations ou des préapprentissage, mais aussi, à l'inverse, de retirer le qualificatif « en formation » aux stagiaires et étudiants qui, au cours de leur stage pratique ou de leurs études, réalisent un revenu supérieur à 27'360 francs par année (2'280 francs par mois).

**Art. 49bis, al. 1**  
(Notion de formation)

Il s'agit de principes généraux développés par la jurisprudence et la pratique administrative sur le thème de la notion de formation. Ils s'appliquent dans le cadre d'une formation professionnelle initiale, d'un perfectionnement, d'une formation complémentaire ou d'une réorientation professionnelle.

Dans le cadre d'un stage notamment, qui ne vise pas d'emblée un diplôme professionnel déterminé, la préparation systématique à un objectif de formation, et ce sur la base d'une formation régulière, doit être examinée attentivement. En effet, ce ne sont de loin pas toutes les activités pratiques à bas salaire (même sous l'appellation « contrat de stage ») qui équivalent à une formation au sens de l'AVS.

Avec l'exigence que « la majeure partie du temps » doit être consacrée à l'objectif de formation, seul un enfant qui dédie une part prépondérante de son temps à sa formation pourra être pris en considération. Dès lors, ceux qui ne fréquentent que quelques cours par semaine et, à côté, vaquent à des occupations, lucratives ou non, sans caractère de formation (donc pas un stage en vue d'un objectif de formation), ne se trouvent pas en formation. Ce cas de figure comprend notamment les personnes qui ont échoué aux examens finaux et répètent l'année tout en ne fréquentant plus qu'un nombre restreint de cours par semaine ainsi que celles qui ne terminent pas leur formation dans le cadre du plan d'étude préalablement établi. Le temps consacré à la formation (cours ainsi que préparation et suivi, devoirs à domicile et travail personnel) doit représenter au moins 20 heures par semaine. Il importe, dans le même ordre, d'être très attentif à ce titre dans le cadre des formations à distance. Le temps dévolu à la formation (devoir à domicile, formation à distance, travail de diplôme dans le cadre de la formation) ne peut être déterminé que sur la base d'indices et doit être évalué selon le critère de la vraisemblance prépondérante; dans la pratique, on se basera notamment sur les renseignements fournis par les institutions de formation.

**Art. 49bis, al. 2**  
(Notion de formation)

Le Tribunal fédéral a refusé d'assimiler les semestres de motivation (mesure du marché du travail) à la formation car selon lui, l'aspect d'occupation professionnelle l'emportait sur celui de la formation. Dans le même temps, d'autres solutions transitoires telles que des préapprentissage sont plutôt assimilées à une formation dans la mesure où elles font partie de mesures de formation cantonales. Une telle inégalité de traitement n'est pas justifiée. Aussi serait-il plus judicieux d'assimiler toutes ces formes de solutions transitoires à de la formation, du fait qu'elles comprennent non seulement, d'une part, des cours (1 à 2 jours), mais qu'elles débouchent aussi fréquemment sur une formation. Dans certains cas, et dans certains cantons, le jeune qui a participé avec succès à un semestre de motivation peut directement entrer en deuxième année d'apprentissage. Pour les jeunes, le recours à des offres transitoires peut être l'opportunité de trouver la voie de la formation susceptible de les amener à la vie professionnelle.

On peut ranger dans une catégorie similaire aux solutions transitoires les engagements au pair dans une région linguistique étrangère. Un séjour au pair s'étend habituellement sur une année au cours de laquelle le jeune, qui participe aux tâches de la famille, apprend la langue étrangère ou en approfondit les connaissances. En compensation, il est nourri et logé (il garde aussi la plupart du temps un logement chez ses parents) et perçoit un salaire de 500 à 600 francs. Puisque la maîtrise d'une langue étrangère est un acquis essentiel dans l'optique de toute carrière professionnelle à venir, un tel séjour devrait être reconnu en tant que formation même si la part d'enseignement ne revêt que quelques heures de cours (sera fixé dans les DR). La fréquentation de leçons doit cependant être assurée dans chaque cas. Il en va de même pour les séjours linguistiques qui sont généralement reconnus comme formation.

#### **Art. 49bis, al. 3**

(Notion de formation)

Aucune prestation de sécurité sociale ne saurait en revanche être versée lorsque l'enfant réalise un revenu considérable qui lui permet de subvenir entièrement ou partiellement à ses besoins. Tel est le cas lorsqu'un stagiaire réalise un salaire élevé (par ex. dans les assurances, les banques ou les sociétés informatiques) auquel viendrait encore s'ajouter une rente d'orphelin ou pour enfant. La limite de revenu (rente AVS maximale) correspond ici à celle de l'art. 1, al. 2, OAFam (allocation de formation).

Les critères quant à savoir s'il importe de se fonder sur le revenu réalisé à l'année ou au mois durant une certaine période sont les suivants. Si la période de formation débute ou se termine durant l'année civile, les mois qui la précèdent ou qui la suivent ne sont pas pris en compte. Exemple 1: une fois l'apprentissage terminé, le revenu plus élevé acquis ensuite ne sera plus pris en considération. D'autre part, des revenus d'activité lucrative obtenus au cours d'une période définie à l'art. 49<sup>ter</sup>, al. 3, RAVS, seront « convertis » en une moyenne mensuelle pour toute la période de formation de l'année civile considérée. Exemple 2: si, pendant les vacances semestrielles, un étudiant gagne plus de 2'280 francs par mois, il aura néanmoins droit durant cette période à une rente d'orphelin, pour autant que son revenu n'excède pas 2'280 francs par mois en moyenne durant la période de formation. Sont assimilés aux revenus de l'activité lucrative, les revenus de substitution tels que par exemple les indemnités journalières des APG, de l'AC ou de l'AI.

#### **Art. 49ter, al. 1**

(Fin et interruption de la formation)

La formation s'achève avec l'obtention d'un diplôme professionnel. Il est cependant possible qu'elle se poursuive ensuite immédiatement ou ultérieurement. Il en va de même pour un diplôme de fin d'étude (ex. maturité).

#### **Art. 49ter, al. 2**

(Fin et interruption de la formation)

Si la formation n'est pas régulièrement achevée dans les délais prévus, mais abandonnée auparavant, on mettra un terme au versement de la rente pour enfants/orphelins dès le moment en question. Une interruption de la formation devra être traitée de manière identique. Les prestations seront supprimées et ne seront reprises qu'à condition que l'enfant reprenne le chemin d'une formation (formation de remplacement ou nouvelle formation).

#### **Art. 49ter, al. 3**

(Fin et interruption de la formation)

Comme c'est déjà le cas jusqu'ici, certaines formes d'interruption dans la formation ne constituent pas un motif de cessation de versement des rentes pour enfants et d'orphelins. Il semble judicieux de compléter le catalogue existant desdites interruptions - pour cause d'accident, de maladie ou de grossesse - par les interruptions pour causes de vacances ou de périodes libres de cours qui font partie intégrante du temps prévu dans le déroulement de la formation pour autant qu'elle se poursuive ensuite immédiatement. Le diplômé avec maturité gymnasiale sera ainsi considéré comme en formation jusqu'au début des cours de l'université ou d'une autre institution de formation si l'interruption ne dure pas plus de 4 mois (par exemple, maturité en juin et début des cours à l'université mi-septembre). Mais s'il décide par exemple de prendre une année de transition (vacances, travail, service militaire), il ne sera plus considéré en formation après sa maturité ; il en va de même s'il s'inscrit à

l'université pour un semestre de congé. Par souci d'égalité de traitement, le délai maximal d'interruption de 4 mois en tant que période usuelle libre de cours (jusqu'à la poursuite de la formation) vaut également pour le titulaire d'une maturité professionnelle. Encore sied-il que durant la période en question, le revenu d'activité lucrative réalisé par l'intéressé ne soit pas supérieur à la limite de revenu autorisée par l'art. 49, al. 3.

La personne qui effectue de nos jours son service militaire dans l'armée suisse perçoit environ 2'000 francs par mois (une recrue touche 62 francs par jour à titre d'allocation pour perte de gain et 4 francs de solde), tout en étant nourrie et exemptée du paiement des primes de la caisse maladie. Dans le cadre d'un service d'avancement visant à l'obtention d'un grade supérieur ou d'une nouvelle fonction, l'allocation pour perte de gain et la solde atteignent facilement 3'000 à 4'000 francs. Ces revenus non négligeables justifient une interruption du versement des rentes d'orphelins et pour enfants pendant les interruptions de formation professionnelles pour cause de service militaire ou de service civil.

Une exception est cependant admise lorsqu'un cours de répétition ou une école de recrue (ER) sont accomplis entre deux modules de formation ou semestres durant une période usuellement libre de cours. Il est ainsi possible d'accomplir une ER (dont la durée varie entre 18 et 21 semaines selon l'arme), quand bien même ce cas de figure n'est plus très fréquent. En effet, il est rare que les périodes libres de cours dépassent 15 à 16 semaines, de sorte qu'il est difficile d'y placer une ER d'une durée approximative de 5 mois. La recrue peut cependant s'arranger pour manquer quelques cours d'université ou fractionner son école de recrue afin de l'accomplir en plusieurs parties lors des vacances usuelles. Si toutefois, pour effectuer son service militaire ou civil, la personne « saute » un ou deux semestres ou remet à plus tard le début de ses études, elle n'aura plus droit à la rente d'orphelin ou pour enfant pendant son service. Par conséquent, une ER effectuée d'une seule traite ne peut plus que très rarement être reconnue comme période de formation. A l'inverse, celui qui opte pour un modèle de « service militaire durant les périodes libres de cours » ne doit pas être préterité par rapport à l'étudiant qui exerce une activité lucrative durant ses vacances inter-semestrielles, soit durant les périodes usuellement libres de cours. Quant aux services de plus longue durée (militaire en service long et paiement de galons à la suite), ils ne sont possibles qu'en « sautant » des semestres, soit par une interruption de formation durant laquelle la rente pour enfant/orphelin ne sera pas versée.

Par la disposition en question, les interruptions de formation « payées » doivent être clairement limitées aux interruptions objectives essentielles. On se trouve, ce faisant, en adéquation avec la pratique actuelle.

#### **Art. 71ter**

(Versement des rentes pour enfant)

#### **Remarques préliminaires sur les bases légales et la jurisprudence actuelle**

Le droit à la rente pour enfant appartient incontestablement au parent titulaire de la rente principale. Le parent en question, qu'il soit invalide ou rentier AVS, doit l'utiliser afin de remplir son obligation d'entretien envers l'enfant.

Le versement des rentes pour enfants mineurs lorsque les parents vivent séparés et que l'enfant ne vit pas avec le titulaire de la rente a été réglé à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2002 au niveau des règlements (art. 82 RAI et art. 71ter RAVS) ; la base légale quant à elle est entrée en force au 1<sup>er</sup> janvier 2003 (Art. 35, al.4 LAI et Art. 22ter, al. 2 LAVS). Le Tribunal fédéral considère le fait que le Conseil fédéral a limité, à l'art. 71<sup>ter</sup> RAVS, le versement des rentes pour enfants en mains de tiers aux enfants sous autorité parentale, soit aux enfants mineurs, comme un silence qualifié du législateur, et non comme une lacune susceptible d'être comblée par le juge des assurances sociales. Celui-ci ne saurait dès lors être habilité à régler le versement séparé de la rente pour enfant à l'enfant majeur [arrêts des 28 décembre 2005 (I 840), 27 décembre 2007 (ATF 134 V 15) et 20 octobre 2009 (9C\_326/2009)]. Pour le Tribunal fédéral, la jurisprudence développée précédemment, qui autorisait non seulement le versement en mains de tiers de la rente pour enfant au parent non titulaire de la rente s'il détenait l'autorité parentale et vivait avec l'enfant, mais également le versement direct à l'enfant majeur qui en faisait la demande, n'a dès lors plus cours. Il était ainsi possible, sous l'empire de la jurisprudence antérieure, de prévoir un versement direct de la rente à l'enfant majeur lorsque les conditions de l'utilisation de la rente pour enfant n'étaient pas garanties et qu'il était acquis que l'enfant majeur allait utiliser celle-ci pour son entretien, conformément à son but.

Actuellement, un versement de la rente pour enfant à l'enfant majeur n'entre en ligne de compte que lorsque les conditions de l'art. 20, al. 1, LPGA sont remplies (cette constellation est rare), ou sur décision du juge civil ou de l'autorité tutélaire.

Dans la pratique, cette jurisprudence débouche fréquemment sur des résultats peu satisfaisants, voire choquants. Tel est le cas par exemple lorsqu'une rente pour enfant doit être versée au rentier principal, mais que celui-ci ne l'utilise pas pour l'entretien de l'enfant en formation, mais à d'autres fins. La « nouvelle » jurisprudence favorise d'une certaine manière de tels comportements, ce qui n'est à notre sens guère compatible avec l'objectif visé par la rente pour enfant. De plus, le fait que seule la voie autrement plus ardue d'une procédure de droit civil soit alors susceptible de remédier à la situation pour que la disposition atteigne finalement son but n'est guère satisfaisant du point de vue des assurances sociales.

Dans la plupart des cas le versement de la rente pour enfant au parent séparé qui vit avec lui se déroule sans problème aucun, et ni les intéressés, ni les organes d'exécution ne comprennent pourquoi des changements doivent être opérés dans le mode de versement au moment où l'enfant accomplit sa 18<sup>e</sup> année alors que pour le reste rien n'a changé, ni au plan du domicile de l'enfant, ni au plan du suivi de sa formation professionnelle. C'est pourquoi, dans la pratique, il n'est pas rare que le versement se poursuive comme avant, avec l'accord tacite des intéressés. Ce faisant, les caisses de compensation s'exposent toutefois au risque d'un paiement à double le moment venu, lorsque le parent titulaire de la rente entend faire valoir son droit. Pour éviter qu'il en soit ainsi, les caisses de compensation devraient rendre les intéressés attentifs de manière ciblée à leurs droits, avec le risque le cas échéant que le titulaire de la rente ne vienne à solliciter le versement de la rente pour enfant entre ses mains, sans la reverser ensuite (ou à tout le moins l'équivalent de son montant) à l'enfant.

Une adaptation du règlement permet de remédier à cette problématique.

#### **Art. 71ter, titre**

(Versement des rentes pour enfant)

Le versement des rentes pour enfants n'est plus réglé seulement dans les cas où les parents sont séparés ou divorcés, mais, fait nouveau, également pour les enfants majeurs dont les parents vivent ensemble.

#### **Art. 71ter, al. 3**

(Versement des rentes pour enfant)

La rente pour enfant est destinée à l'entretien de l'enfant. Le versement de cette prestation doit, par conséquent, pouvoir se poursuivre dans le foyer dans lequel vit l'enfant après sa majorité, pour autant qu'elle y ait déjà été versée auparavant. Elle doit donc encore pouvoir être payée au parent non titulaire de la rente principale auprès duquel vit l'enfant également après l'accomplissement de ses 18 ans. Si le droit à la rente pour enfant naît seulement après la majorité de ce dernier, elle ne peut alors plus être versée au parent bénéficiaire de la rente.

L'enfant majeur peut exiger le versement direct de la rente pour enfant indépendamment du fait qu'il vive toujours chez ses parents ou seulement chez l'un deux ou qu'il ait élu domicile dans un propre logement. Toute décision contraire du juge civil ou de l'autorité tutélaire est réservée.

#### **Dispositions finales**

A partir du 1<sup>er</sup> janvier 2011, les échanges de données entre les caisses de compensation et les autorités fiscales se feront en principe exclusivement via la plateforme centrale informatique et de communication de la Confédération «Sedex». Dès cette date, une indemnité de 7 francs par année de cotisation et par assuré, prélevée sur le fonds de compensation de l'AVS, sera versée aux autorités fiscales pour les communications transmises concernant les indépendants, les personnes sans activité lucrative qui doivent plus que la cotisation minimale et les salariés dont l'employeur n'est pas tenu de cotiser. L'al. 1 fixe ce principe.

L'échange des communications fiscales entre les autorités fiscales et les caisses de compensation est un processus du projet « CH-Meldewesen Steuern » qui règle, à l'échelle suisse, la transmission des

communications dans le contexte fiscal. Les données sont transmises électroniquement via Sedex et traitées directement dans les applications spécialisées. Le stade final de l'échange électronique des données est prévu pour 2015 (voir les informations de la CSI sur le site [www.chm-steuern.ch/?id=10](http://www.chm-steuern.ch/?id=10) [rubrique « Plus d'informations »]). L'introduction de la procédure de transmission électronique des données entre les autorités fiscales et les caisses de compensation implique de vastes travaux d'adaptation dans l'environnement informatique des diverses caisses de compensation et autorités fiscales. Toutes ne les auront pas achevés d'ici au 1<sup>er</sup> janvier 2011. Afin de laisser aux autorités fiscales suffisamment de temps pour passer au nouveau système, l'al. 2 prévoit que l'indemnité de 7 francs leur sera versée durant la première année même si les communications ne sont pas transmises via Sedex mais encore sous format papier ou sur d'autres supports de données. Pour les caisses de compensation, il en résulte un investissement informatique considérable. Si les communications fiscales ne sont pas transmises maintenant via Sedex et qu'ainsi les caisses de compensation ne peuvent pas les traiter automatiquement, cela leur cause un surcroît de travail. C'est pourquoi, l'al. 2 prévoit un dispositif pour inciter les autorités fiscales à passer le plus rapidement possible à l'échange des données via Sedex. Les autorités fiscales qui, dès la deuxième année après l'introduction de la procédure électronique de communications fiscales unifiée, continueront d'envoyer leurs communications sous format papier ou sur d'autres supports de données, ne recevront plus qu'une indemnité réduite. Celle-ci sera de 6 francs pour les communications ainsi transmises dès le 1<sup>er</sup> janvier 2012, de 5 francs dès le 1<sup>er</sup> janvier 2013 et de 3 francs seulement dès le 1<sup>er</sup> janvier 2014.